

Europa und Internationales

Antrag: E 02

Votum der Antragskommission: Diskussion

Votum des Parteitags: in geänderter Fassung mehrheitlich angenommen

Thema: Aufhebung der Russland-Sanktionen überdenken

Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Verhandlungswege Russland zur Einhaltung des Vertrages von Minsk zu bewegen. Bis zum Erfolg dieser Verhandlungen sind Sanktionen aufgrund des anhaltenden Bruchs des Völkerrechts angebracht und gezielt als Druckmittel zu verwenden. Erst im Erfolgsfall können Lockerungen oder sogar eine Aufhebung der Sanktionen gegen Russland erfolgen.

Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, gemeinsam mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft geeignete Maßnahmen im Rahmen des geltenden Völkerrechts zu treffen, um Russland zur Einstellung der Bombardements der Zivilbevölkerung in Syrien zu bewegen.

Aktuell wird deutlicher, dass der innenpolitische Druck auf die russische Regierung steigt. Viele Menschen lassen sich nicht länger durch vermeintlich patriotische Militäreinsätze an den und jenseits der Grenzen Russlands davon ablenken, dass das Land schwerwiegende Defizite im Bereich der Innen- und der Wirtschaftspolitik hat. Die Versorgungssituation ist zunehmend problematisch. Deshalb ist jetzt eine maßvolle, befriedende Diplomatie unter Vermeidung von Gesichtsverlust für die Beteiligten notwendig, die Wege zu einer Einigung aufzeigt.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Russland bei der Bewältigung der Krise in Syrien nicht nur Teil der Lösung, sondern leider auch Teil des Problems ist. Es unterstützt das Assad-Regime nicht nur logistisch und mit Waffen beim unnachsichtigen Ausüben von Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, z.T. unter Einsatz von Giftgas; Russland setzt darüber hinaus auch eigene Flugzeuge zur Bombardierung von Zielen ein, bei der mit hoher Sicherheit auch unbeteiligte Zivilisten verletzt und getötet werden. Der vermeintliche Kampf der Regierung gegen den IS ist ein Kampf gegen alle Assad-Gegner.

Deshalb erwägen mehrere Nato-Staaten, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen. Die SPD Sachsen empfiehlt, nicht in eine weitere Spirale der Verschärfung von Aktion und Reaktion einzutreten, wohl aber die politischen Spielräume, die sich im Rahmen der Aufgabe von bestehenden Sanktionen ergeben, für eine Einigung in Bezug auf Syrien zu nutzen.

Der Landesparteitag der SPD Sachsen bekennt sich zu den gemeinschaftlichen Werten friedlicher Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent und damit zur Einhaltung des Völkerrechts und zur friedlichen Konfliktbeilegung.